

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Belegjährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Eich-Druck)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 22/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 22/23.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4724.

Nr. 43.

Berlin, Mittwoch, 28. Mai 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zur Handwerkerinnenfrage. — Nach dem Kampfe.
— Die durchgehende Arbeitszeit. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Leit. — Verbands-Leit. — Literatur. — Anzeigen.

Zur Handwerkerinnenfrage.

Von Josephine Lepp-Rathenau.

Der „Gewerksverein“ hat in seiner Nr. 35 vom 30. April an leitender Stelle einen ausführlichen und anerkennenden Bericht über die zweite Hauptversammlung und die Arbeit des „Verbandes für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau“ veröffentlicht. Dadurch ist vielleicht das Interesse für den gegenwärtigen Stand der Handwerkerinnenfrage vergrößert worden, sodass einige diesbezügliche Mitteilungen auf Beachtung rechnen können.

Der Verband für handwerksmäßige Ausbildung der Frau hat im Laufe seiner nunmehr bald 13jährigen Tätigkeit dreimal Gelegenheit genommen, die deutschen Handwerks- und Gewerksvereine um Angaben über die Art der Regelung des weiblichen Lehrlingswesens und aller damit zusammenhängenden Fragen zu bitten. Wenn die erste, im Jahre 1909 veranstaltete Umfrage noch ein für die Frauenwünsche fast trostloses Bild ergab, — nur 19 von 72 Kammern waren überhaupt der Frage einer Berufserziehung des weiblichen gewerblichen Nachwuchses näher getreten, — so war schon bei der zweiten Umfrage Anfang 1911 eine Besserung zu spüren. Eine entscheidende Wendung trat aber erst im Laufe des Jahres 1911 ein, nachdem der preussische Minister für Handel und Gewerbe in seinem bekannten, von den Frauen garnicht hoch genug zu bewertenden Juli-Erlaß die Handwerkskammern angewiesen hatte, die rechtliche Stellung der Frau im Handwerk unverzüglich zu regeln.

Die Erfolge dieser Maßnahmen treten deutlich zutage, wenn man die vom Verband für handwerksmäßige Ausbildung veröffentlichte „III. Statistikk über den Stand der handwerksmäßigen Ausbildung der deutschen Frau“ (zu beziehen durch das Bureau des Verbandes Berlin W., Eichhornstraße 1. Preis 1,10 M.) eingehend betrachtet.

Von den 72 deutschen Handwerkskammern haben nunmehr 45, darunter die 34 preussischen, Bestimmungen für die weiblichen Handwerker erlassen, und ihre Zahl erhöht sich auf 56, wenn man die Kammern hinzurechnet, die die Regelung zwar im Prinzip beschlossen, aber aus irgend welchen Gründen noch nicht bindend durchgeführt haben. Sechs Kammern, die die Fragebogen des Verbandes unbeantwortet ließen, haben, wie aus andern Quellen bekannt ist, doch ihre Pflicht gegenüber der weiblichen Jugend erfüllt, indem sie nur noch ein ganz geringer säumiger Bruchteil zurückbleibt.

Es kann somit kaum Wunder nehmen, daß die Statistik des Verbandes, die sich auf die Monate Januar/März 1913 bezieht, 18 689 weibliche Lehrlinge ermittelt hat, die ordnungsmäßig in die Lehrlingsrollen der Kammern eingetragen waren. Dabei ist diese Zahl entschieden zu niedrig gegriffen, weil manche Kammern nicht die Zahlen der Lehrlinge anzugeben wußten, die nur in den Lehrlingsrollen der Kammern eingetragen waren, ohne den Kammern gemeldet zu werden. Die Zahl der weiblichen Gesellen betrug 5958, also rund 6000, die der weiblichen Meister 2123. Es ist auch von Interesse, festzustellen, in welchen Gewerben diese Tausende von Lehrlingen, Gesellen und Meister sich betätigen. Auch hierauf gibt die Statistik zuverlässige und befriedigende Antwort. Weitau

die Mehrzahl aller Frauen sind in den sogenannten „weiblichen Gewerben“, in der Damenkleiderei, im Schuhmachergerwerbe, im Weibnäheri- und Stickergerwerbe, im Friseurgerwerbe usw. tätig.

Daneben findet sich auch eine kleinere Anzahl von Photographinnen, Buchbinderinnen, Goldschmiedinnen, vereinzelt auch einmal eine Glaserin, Optikerin, Uhrmacherin, Töpferin, Bäckerin, Polsterbinderin usw. Die meisten dieser Frauen haben, wie dies schon früher einmal festgestellt werden konnte, ihr Gewerbe ergriffen, um später einmal im Geschäft des Vaters oder Ehemannes die Leitung übernehmen und die mit der Führung des Meistertitels verbundenen Rechte ausüben zu können.

Die Lehrlinge sind, wohl zum Teil auch infolge der unablässigen Propaganda des handwerksmäßigen Verbandes, fast allwärts für die Mädchen ebenso lang wie für die männlichen Lehrlinge. Wo Abweichungen bestehen, sind sie im allgemeinen nur für eine bestimmte Uebergangszeit angeordnet, um allzu große Härten zu vermeiden. Die Furcht vieler Lehrherren, durch Festlegung zu langer Lehrzeiten ihre Lehrlinge zu bekommen, ist durchaus unbegründet, weil ja niemand gezwungen werden kann, nur mit Lehrlingen zu arbeiten. Es bleibt beiden Seiten durchaus unbenommen, das junge Mädchen statt als Lehrling als „jugendliche Arbeiterin“ anzunehmen. Wird aber ein Lehrvertrag abgeschlossen, der zur Vorbereitung hat, daß der Lehrherr tatsächlich die Lehrberechtigung besitzt, so muß dann auch wirklich eine systematische Berufsausbildung einleiten, die durch Ablegung der Gesellenprüfung zum Abschluß gebracht werden kann.

Es ist eine von den Frauen durchaus nicht gewünschte Ueberschätzung ihrer Leistungsfähigkeit, wenn man glaubt, daß Mädchen in 2 oder 3 Jahren ebenso viel lernen können wie männliche Lehrlinge in 3 oder 4 Jahren. Die generelle Abkürzung der praktischen Lehrzeit ist gefährlich, weil sie dazu führt, daß auch die Anforderungen in den Prüfungen geringer gestellt werden und so langsam ein zweifelhafter, minderwertiger Handwerkerinnenstand entsteht. Die männlichen Kollegen haben alle Ursache, sich gegen solche Entwürfungen zu sträuben, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die minderwertige, schlecht ausgebildete, um jeden Lohn Arbeit annehmende Frau zur Unterbieterin wird, während die auf ihr Können Vertrauende die Ansprüche hoch zu halten weiß.

Aber die Ausbildung des weiblichen Nachwuchses im Gewerbe ist nicht nur eine Lohnfrage, sie ist ebenso eine Erziehungsfrage. Wenn über die Unfähigkeit der Frauen geklagt wird, ihren Haushalt gut zu verwalten, ihre Kinder tüchtig anzuleiten, dann sollte jedesmal erst ermittelt werden, ob es sich um Frauen handelt, die in der Jugend eine strenge Berufserziehung hatten, oder um solche, die von Arbeit zu Arbeit wanderten. Hier drei Monate Arbeit, dann 6 Wochen und dann wieder 3 Monate neue, andere Arbeit! Nichts macht die Frau für Ehe und Familie unbrauchbarer als diese Art des Lebens, während eine systematische Ausbildung, ganz gleich, in welchem Beruf, an Ordnung, Buntlichkeit und Ueberwindung von Schwierigkeiten gewöhnt. Darum können Eltern ihren Töchtern nichts Wertvolleres bieten, als wenn sie das Opfer bringen, auf die kleinen Einkünfte aus der Fabrikarbeit der jungen Mädchen zu verzichten und sie statt dessen in eine gute Lehre geben. Auch der Hinweis auf die spätere Eheschließung, die solche Erziehungsoffer nutzlos macht, ist nicht zutreffend, denn gerade die in handwerksmäßiger Lehre erlernten Berufe können

auch von der Ehefrau im eigenen Heim weiter ausgeübt werden. Die praktischen Erfahrungen zeigen deutlich genug, daß das Glend vieler Heimarbeiterinnen daher stammt, daß sie keine Arbeit gründlich verstehen und deshalb mit jeder Bezahlung vorlieb nehmen müssen.

Soll der junge weibliche Lehrling in seinem Handwerk Tüchtiges leisten und sich dem männlichen Berufskollegen an die Seite stellen können, so muß auch bei den Mädchen die praktische Meisterlehre durch Fortbildungsschulunterricht ergänzt werden. Leider liegt hier noch vieles im argen. Nur langsam und zögernd entschließen sich die Kommunen zur Einführung der Fortbildungsschulpflicht für gewerbliche Arbeiterinnen. Deshalb müssen die männlichen Arbeitnehmer die Frauen, dabei unterstützen, auf Grund des § 120 der Reichsgewerbeordnung die Einführung der Fortbildungsschulpflicht zu fordern.

Die Stadt Berlin ist damit bahnbrechend vorangegangen, und die Verbandsstatistik hat ermittelt, daß mehrere Städte mit der Frage der Einführung beschäftigt sind. Daneben wäre, es natürlich möglich, die Mädchen in die etwa bestehenden Fachklassen der jungen Leute einzuschulen, wodurch einerseits Kosten gespart, andererseits das Prinzip gleicher Berufserziehung am besten durchgeführt würde.

Es sei schließlich darauf hingewiesen, daß die Handwerker selbst den Wert der Frauennarbeit einzusehen beginnen. 1069 Frauen sind zurzeit als Mitglieder in den Gesellenprüfungsausschüssen, 663 in den Meisterprüfungskommissionen tätig. Das zeigt, daß man der Frau, die ihr Fach beherrscht, Urteilsfähigkeit und Sachlichkeit zutraut. Auch weibliche Beauftragte sind von verschiedenen Kammern angestellt worden.

Das Wertvolle an allen diesen Vorgängen ist unstreitig die Tatsache, daß man nun auch das Mädchen darauf hinweisen kann, daß es für sie in ihrem Berufe ein Fortwärtkommen gibt, daß sie nicht dazu verurteilt ist, stets auf der untersten Stufe der gewerblichen Arbeit stehen zu bleiben, daß sie ihr Können, ihre Kraft und ihre Arbeitsfreudigkeit entwickeln kann. Mädchen, die ein solches Ziel vor sich sehen, werden stets ihren Platz im Leben ausfüllen, gleichviel, ob als Ehefrauen und Mütter oder als auf sich gestellte Arbeitskameraden der Männer.

Nach dem Kampfe.

Der Tariffkampf im Malergewerbe, der nach einer erstochentlichen Dauer mit einer glatten Niederlage der Arbeitgeber endete, hat das Interesse weitester Kreise hervorgerufen, umso mehr, als man allgemein angenommen hat, daß durch eine Tariffgemeinschaft, wie sie seit Jahren im Malergewerbe besteht, derartige Rückschläge vermieden würden. Daß man sich darin geirrt hat, das hat der verlorene Kampf bewiesen, der von Arbeitgebersseite gewollt war und mit einer Scharnathigkeit geführt wurde, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

Jetzt nach dem Kampfe wollen wir kurz den Gang der Verhandlungen rekapitulieren, damit sich unsere Leser ein klares Bild machen können, welche Schwierigkeiten den Organisationen bereitet wurden.

Trotzdem im § 12 des Reichstarifvertrages vom 16. Januar 1910 klar bestimmt war, daß sechs Monate vor Ablauf des Vertrages die Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen haben, und der Vorsitzende des Unparteiischen Kollegiums, Herr Magistratsrat v. Schütz, Anfang November anfragte, ob bereits Verhandlungen

im Gange seien, und gleichzeitig mitteilte, daß er sich für solche gern zur Verfügung stelle, war es durch verschiedene Umstände erst am 8. Januar möglich, zu den ersten Verhandlungen zusammenzutreten, also nicht einmal jedes Wochen, geschweige denn sechs Monate vor Ablauf des Vertrages. Die in Frage kommenden Gehilfenorganisationen hatten sich vorher untereinander verständigt. Unser Gewerbeverein der Maler und der Zentralverband christlicher Maler hatten ihre Vorschläge gemeinsam drucken lassen; es hatte aber auch eine Besprechung mit der Verbandsleitung des Hamburger Verbandes stattgefunden, wobei man sich über die meisten Punkte verständigt hatte.

Bei den ersten Verhandlungen, welche vom 8. bis 11. Januar stattfanden, kam in der Hauptsache nur das Tariffschema in Frage, da die Meister in bezug auf Lohn und Arbeitszeit erst dann verhandeln wollten, wenn das Tariffschema fertiggestellt wäre. Man merkte schon damals recht deutlich, daß auf Unternehmerseite mit allen Mitteln versucht wurde, die ganze Sache zu verschleppen. Man wollte offenbar vor Erledigung der Verhandlungen im Baugewerbe keinerlei bindende Abmachungen treffen.

Am 11. Januar wurden die Verhandlungen vertagt und die Fortsetzung auf den 23. Januar verlegt. In den Tagen vom 23. bis 30. Januar wurde das Tariffschema vollends fertiggestellt und alsdann die Frage der Arbeitszeit und Lohn-erhöhung diskutiert. Dabei wurde auf Seiten der Unternehmer nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Das Angebot, eine Arbeitszeitverlängerung im Winter, wo so wie so schon nur 6-7 Stunden gearbeitet wird (ohne Ausgleich des Lohnausfalles) vorzunehmen, kann doch nicht ernst genommen werden; es war mehr eine Verhöhnung der Gehilfen. Bezüglich der Lohn-erhöhungen war es ebenfalls nicht möglich, zu einer Verständigung zu kommen, sodaß die Unparteiischen schließlich den Ausweg suchten, diese Frage zunächst einmal vor den Gaurtariffämtern zu verhandeln, weil man hoffte, dort eine bessere Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu finden. Dem Vorschlag wurde zugestimmt und die Verhandlungen bis zum 22. Februar vertagt; gleichzeitig wurde bestimmt, daß der am 15. Februar ablaufende Reichstarifvertrag bis zum 28. Februar verlängert werden sollte.

Am 22. Februar wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Dabei wurde zunächst konstatiert, daß in allen Gauen bezüglich der Löhne Schiedssprüche gefällt werden mußten, im Gau IV (Sachsen und Schlesien) hatte man die Verhandlungen infolge des Verhaltens der Arbeitgeber überhaupt adreden müssen. Es wurde lang und viel debattiert, eine Einigung jedoch nicht erzielt, sodaß die Unparteiischen zur Fällung von Schiedssprüchen genötigt waren. Diese wurden am 24. Februar verkündet.

Während nun die Arbeiter, trotz der äußerst minimalen Verbesserungen, diese Schiedssprüche anerkannten, weil sie den Frieden im Gewerbe erhalten wollten, lehnten die Unternehmer dieselben ab, und ohne jeden weiteren Versuch einer Verständigung beschloßen sie die Aussperrung aller organisierten Gehilfen.

Hieraus war zu ersehen, daß der Kampf unter allen Umständen genollt war. Einige Führer des Arbeitgeberverbandes hatten ihre Mitglieder dertart in eine Kriegsstimmung hineingeredet, daß jede vernünftige Überlegung verschwunden schien. Noch deutlicher zeigte sich das bei der Suche nach Gründen zur Aussperrung. Um die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen, mußten die Meister doch einen inhaltlichen Grund für ihr rigoroses Vorgehen angeben. Da wurde denn nun alles Mögliche hervorgehoben. Einmal hieß es, das Tariffschema bringe für die Meister so große Verschlechterungen, daß deshalb die Ablehnung erfolgen mußte. Das konnte nach den eigenen Berichten der Meisterpresse sofort widerlegt werden. Dann sollte wieder einmal der Arbeitsnachweis den Stein des Anstoßes bilden. Hierzu erließen die Herren Unparteiischen eine Erklärung, welche jedes Bedenken zerstreuen mußte. Die Lohnfrage konnte es nicht sein, denn viele Meister hatten schon vorher erklärt, daß es auf einige Pfennige Zulage nicht ankomme.

Alle Versuche, irgend einen vernünftigen Grund zur Aussperrung anzugeben, scheiterten also. Es blieb nur die nackte Tatsache übrig, daß man die Gehilfenorganisationen, die man wohl notwendig zur Bekämpfung der Schmuckkonfurrenz nach § 10 (manchmal auch nur zur Befestigung unlieb-samer Kollegen) und anderen Sachen braucht, niederzwingen wollte, um die Bedingungen über Lohn und Arbeitszeit eigenmächtig feststellen zu können.

In einem Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes, welches den Kampfesleiter der Mitglieder

anfeuern sollte, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, kam dies deutlich zum Ausdruck. Es hieß da u. a.:

„Seit Jahren haben die Gehilfen, besonders natürlich die sozialistischen, immer mehr steigende Beiträge zu ihrem Kampffonds geleistet, um zu einer ihnen passenden Zeit uns mit Hilfe ihrer Millionen-fonds mit einem gewaltigen Streik zu überfallen und uns nach unserer Niederlage die Arbeits- und Lohnbedingungen vorzuschreiben.“

Wir wollen den Gehilfen dagegen jetzt die Gelegenheit bieten, ihren rund zwei Millionen zählenden Kampffonds zu verwenden, denn noch einmal drei solch traurige Tarifjahre, wie wir zuletzt erlebten, sind nicht mehr erträglich. Nach ihrem Ablauf würde der Kampffonds aber mindestens 4 bis 5 Millionen zählen. Und wir hätten selbst mit den jetzt verlangten gewaltigen Lohn-erhöhungen direkt die Mittel dazu geliefert.“

Das war also der wirkliche Grund, weshalb ein Teil der Arbeitgeber des Malergewerbes die Aussperrung inzierte, die dem ganzen Gewerbe ungeheuren Schaden bringen mußte. Es war deshalb kein Wunder, daß die ganze Geschichte nichts Ganzes und nichts Halbes wurde. Trotz der Behauptung der Meister, daß 38-40 000 Gehilfen sofort an die Luft befördert werden sollten, hat die Zahl der Aussperrten nicht an einem einzigen Tage auch nur die Hälfte dieser Ziffer erreicht. Ein Teil der Meister hat sich garnicht an der Aussperrung beteiligt, und die Zahl derjenigen, welche mit den Organisationen Sondertarife abgeschlossen, verneinerte sich von Woche zu Woche. Von besonderer Bedeutung war noch, daß der Bund Deutscher Dekorationsmaler, der auf ausdrückliches Drängen der Arbeitgeber von der Beteiligung an dem Reichstarifvertrag ausgeschlossen wurde, mit den drei Gehilfenorganisationen einen Vertrag abschloß, in dem die Löhne zum Teil über die durch Schiedssprüche festgestellten hinausgehen.

Manche Städte waren nach und nach abgefallen; doch noch immer war die Kampfeswut der Unternehmer nicht gebrochen. Durch Berücksichtigung der Verhandlungen konnten sie ihre Mitglieder immer wieder auf einen noch zu erwartenden Sieg verfröhen.

Auf Veranlassung des Reichsamts des Innern fand dann am 1. April eine Besprechung statt, in welcher für den 8. und 9. April neue Einigungs-verhandlungen festgelegt wurden. Bei diesen Verhandlungen überreichten die Arbeitgeber neue Anträge, welche eine bedeutende Verschlechterung des Tariffchemas bringen sollten. Derartige Versuche mußten natürlich von den Arbeiterorganisationen gemeinsam entschieden zurückgewiesen werden. Es wurden lediglich Erläuterungen zu den strittigen Punkten angefordert. Das Ansehen, daß die Organisationen eine Geldsumme hinterlegen sollten, als Säkung für etwaige Tarifrisiken, wurde auch von den Unparteiischen als unerfüllbar bezeichnet. Zur Frage der Lohn-erhöhung wurde von den Arbeitgebern das Angebot gemacht, 3 Pfennige, verteilt auf drei Jahre, d. h. in jedem Jahre einen ganzen Pfennig Lohnzulage zu gewähren. Darnach hätten von den 336 Orten, für welche die Löhne durch Schiedssprüche geregelt waren, 176 weniger, 67 das Gleiche, und 99 etwas mehr erhalten, als der Schiedsspruch vorgegeben hatte. Die Orte, wo es etwas mehr war, gehörten natürlich nicht unter die Großstädte. Auf eine solche Verschlechterung konnten sich die Gehilfen natürlich nicht einlassen, und so verliefen denn auch diese Verhandlungen resultatlos.

Der Oberbürgermeister von Berlin, Herr Wermuth, hatte für den 26. April die Vertreter der Parteien zu einer Unterredung geladen, in der Hoffnung, da eine Verständigung zu erzielen. Das war allerdings nicht möglich, da die einzelnen Vertreter garnicht die Vollmacht besaßen, so weittragende Beschlüsse zu fassen. Immerhin hatte die Unterredung das Gute, daß neue Einigungs-verhandlungen angebahnt wurden, und zwar unter Hinzuziehung von vier Vertrauensmännern, zwei von den Arbeitgebern und zwei von den Arbeitern. Inzwischen hatte der Arbeitgeberverband versucht, Verhandlungen anzuknüpfen und die Unparteiischen dabei ganz auszuschalten, aber auch das wurde von den Arbeitern entschieden abgelehnt.

So hat sich denn die ganze Sache hinausgezogen bis zum 15. und 16. Mai, wo unter großem Aufgebot der Arbeitgeber neue Verhandlungen in Berlin stattfanden. Das Resultat dieser Verhandlungen war die Fällung eines Schiedsspruches, wonach die Schiedssprüche vom 24. Februar vollinhaltlich zur Durchführung kommen müssen.

Diesem erneuten Schiedsspruch haben sich nun alle Organisationen unterworfen. Die Meister müssen das anerkennen und zahlen, womit die Gehilfen bereits am 24. Februar einverstanden waren. Der ganze Kampf, der von den Unternehmern

heraufbeschwoeren wurde, hat für dieselben nicht den geringsten Erfolg gehabt, wohl aber den eigenen Mitgliedern bedeutenden Schaden zugefügt. Wohl hat der Kampf auch für die Arbeiterorganisationen gewaltige Opfer gefordert; doch der Wille der Organisationshaller ist nicht in Erfüllung gegangen. Gesehtiger denn je stehen die Organisationen da; sie haben bewiesen, daß sie selbst den größten Anstürmen gewachsen sind. Die defuniareren Verluste werden bald wieder eingebracht sein, denn die Mitglieder haben kennen gelernt, was eine gut fundierte Organisation zu bedeuten hat.

Unser Gewerbeverein der Maler hat in diesem Kampfe gewissermaßen die Feuerprobe bestehen müssen, denn in einem solchen Umfang war er noch nie an einem Kampfe beteiligt. Er hat die schwere Belastung glänzend ausgehalten und gezeigt, daß er seinen Aufgaben voll gewachsen ist. Hoffentlich gelingt es ihm, durch lebhafteste Agitation seine Reihen noch zu stärken und die Klassenverluste bald wieder einzubringen. Bis zum letzten Augenblick hat er ausgehalten und ist seinen Verpflichtungen prompt nachgekommen, obgleich von verlogener Arbeitgeberseite schon vor Wochen ausgebreitet worden war, er gebe nur noch Gut-schewe aus.

Hoffentlich werden auch die Heißhorne des Arbeitgeberverbandes eine Lehre aus dem verlorenen Kampfe ziehen!

Die durchgehende Arbeitszeit.

Für Beamte bei staatlichen, kommunalen und anderen Behörden und auch für Privatangehörige ist die durchgehende oder englische Arbeitszeit bereits in einem ziemlich großen Umfang eingeführt worden. Dagegen hat sich die durchgehende Arbeitszeit für die Arbeiter noch recht wenig Eingang verschafft. Bisher kann in der Hauptstadt für die Arbeiter nur von einer durchgehenden Arbeitszeit gesprochen werden, wo schichtweise gearbeitet wird, wo im Laufe des Tages verschiedene Schichten hintereinander zur Arbeit antreten.

Das Kennzeichen der durchgehenden oder englischen Arbeitszeit besteht darin, daß die Arbeitszeit nur durch kleine Pausen unterbrochen wird und die große Mittagspause ganz wegfällt. Die Arbeitszeit wird also auf eine geringere Anwesenheitszeit zusammengedrückt, und entsprechend dem Weg-falle der größeren Pause bleibt nach Schluß der Arbeitszeit eine längere Freizeit.

Für die Arbeiter liegt in dieser Verkürzung der Anwesenheitszeit ein sehr wesentlicher Vorteil. Namentlich ist dies der Fall in den Großstädten und Industriezentren, wo die Wege zur Arbeit immer weiter werden. Dort, wo die Arbeiter während der Mittagspause wirklich nach Hause gehen können, ist der Weg zur Einnahme des Mittagessens meistens nur ein Abgehen. Der Arbeiter muß keine Mahlzeit reich verschlingen und kommt dann ermüdet oder erbitzt wieder zur Arbeit. Viele Magenkrankheiten bei den Arbeitern dürften nur entstehen, weil diesen nicht genügend Zeit zur Verfügung steht, das Mittagessen in Ruhe einzunehmen.

Wiesbach haben die Arbeiter aber garnicht einmal die Zeit, in der Mittagspause nach Hause zu gehen. Dann sind wohl die meisten gezwungen, die mitgebrachten Butterbrote in der Kneipe zu verzehren. Der weite Weg zwischen Wohn- und Arbeitsstelle hat nicht nur zur Folge, daß den Arbeitern infolge des Aneinanderliefes Kosten entstehen; die Arbeiter können dann auch erst am Abend eine kräftige und warme Mahlzeit einnehmen. Da eine Hausfrau gewöhnlich nicht zweimal des Tages kochen will, so leidet darunter auch die Ernährung der Familienangehörigen. Namentlich die der Kinder muß leiden, wenn diese die Hauptmahlzeit erst am Abend kurz vor dem Schlafengehen einnehmen. In der warmen Jahreszeit tritt dieser Mangel noch nicht so zutage, wie in den Wintermonaten, weil in der kalten Jahreszeit das Fehlen des warmen Mittagessens und die Einnahme von kalten Getränken doppelt schädlich ist.

Von noch größerer Wichtigkeit ist die durchgehende Arbeitszeit für die Arbeiter, weil bei dieser leider noch so wenig eingeführten Arbeitszeit nach Arbeits-schluß eine viel längere Freizeit bleibt. Die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit könnte namentlich auf die Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sehr günstig einwirken. Erst wenn die durchgehende Arbeitszeit in größerem Umfang eingeführt wird, wenn die Mittagspause verkürzt und dafür am Nachmittag mit der Arbeit früher Schluß gemacht wird, können auch die großstädtischen Arbeiter in entferntere und gesündere Vororte ziehen. Auch für die Erholung, für die allgemeine und berufliche Weiterbildung würde bei-

der durchgehenden Arbeitszeit viel mehr Zeit übrig bleiben.

Wenn die durchgehende Arbeitszeit für die Arbeiter mancherlei Vorteile bringt, so ist damit nicht einmal gesagt, daß diese Vorteile der Arbeiter in Nachteile für die Arbeitgeber umsetzen müßten. Im Gegenteil bringt die durchgehende Arbeitszeit auch für die Arbeitgeber Vorteile mit sich, und wenn die durchgehende Arbeitszeit für die Arbeiter noch nicht in größerem Umfange eingeführt ist, so ist dies wohl nur dem Umstand zuzuschreiben, daß Neuerungen schwer eingeführt und alte Gewohnheiten nur schwer abgelegt werden. Vereinzelt ist auch schon von Unternehmern zugestanden worden, daß sich bei der durchgehenden Arbeitszeit ein viel besseres Fund in Handarbeiten durchführen läßt; außerdem könnten auch Kosten für Beleuchtung und Heizung gespart werden. Jedenfalls müßte der Frage der durchgehenden Arbeitszeit auf beiden Seiten ein größeres Interesse entgegengebracht werden. Höchstwahrscheinlich ist in dieser Frage nur der Anfang schwer. Wäre die durchgehende Arbeitszeit erst in größerem Umfange eingeführt, so würden sich vielleicht nicht mehr viele Verteidiger der jetzigen durch die Mittagspause zerrissenen Arbeitszeit finden.

A. M.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 27. Mai 1913.

Die Veröffentlichung der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912 hat Veranlassung gegeben, einen Waidhettel durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschafts-Presse zu senden, der, wie alljährlich, das nahe Ende der Gewerkschaften voraussetzt. Diese Prophezeiungen haben sich schon seit Jahren als unzutreffend herausgestellt, und so werden wir wohl das Schauspiel erleben, daß noch recht lange solche Wahrsagungen in die Welt gelehrt werden. Die Absicht, die man auf jener Seite verfolgt, liegt klar auf der Hand. Man möchte gar zu gern die Gewerkschaften, an denen man sonst kein gutes Haar läßt, zu sich herüberziehen. „Eine Auflösung der hiesigen Dundersteden Gewerkschaften zugunsten der freien Gewerkschaften wäre nicht nur angebracht, sondern würde auch den Gewerkschaftenmitgliedern sehr dienlich sein“, so heißt es im sozialdemokratischen Waidhettel. Freilich verdrückt man sich von diesen Ehrenklängen keinen Erfolg, und entlassungswillig fügt man hinzu: „Allerdings ist zurzeit an eine Auflösung der Gewerkschaften und an eine Verschmelzung dieser Organisation mit den freien Verbänden nicht zu denken.“

Sehr richtig! Erstens fühlen wir uns noch stark genug, um auf eigenen Beinen gehen zu können; dann aber trennt uns von den sogenannten „freien“ Gewerkschaften eine Weltanschauung. Wir stehen auf nationalem Boden und erblicken unser Ideal in einer Freiheit, von der man auf jener Seite auch nicht einen Schatten spürt. Deshalb werden die „Genossen“ auch lange warten können, bis sich ihre Herzenswünsche erfüllen.

Wo alles liegt . . . Wir waren fest überzeugt, daß die Scharfmacherpresse und insbesondere die „Arbeitgeber-Ztg.“ den Zusammenstoß der Regierungsvertreter mit dem Kollegen Hartmann auf dem Verbandstage zu einigen Anrempelungen benutzen würde. Und richtig! Wir haben uns nicht getäuscht. In ihrer letzten Nr. kommt das Scharfmacherblatt auf unsern Verbandstag zurück. Nach einigen schmuddrigen Bemerkungen, in denen vom Reichstagsabgeordneten Weinhausen u. a. gesagt wird, daß er „eine echte und rechte Scharfmacherrede an die Adresse der Staatsarbeiter“ gehalten habe, bekommt Koll. Gleichauf sein Fett in folgenden Säben:

„Dann aber nahm, fast hätten wir gesagt, der „Genosse“ Gleichauf das Wort, um eine Rede zu halten, die dem zielbewußten Agitator der Umsturzbartei alle Ehre gemacht hätte und ebenso gut als Zeitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ hätte erscheinen können. Mit Parolen und Exzempeten zog der Herr Gleichauf zu Felde: der Arbeiter ist völlig rechtlos, ein neues Arbeiterrecht muß geschaffen werden, weg mit dem Monopol an Grund und Boden; nieder das Großgrundigentum, nieder das Großunternehmertum! In Deutschland herrscht nicht das Recht, sondern das Faustrecht (sowohl in den Kämpfen der Organisierten gegen die Arbeitswilligen)! Wir (also wir hiesig-Dundersteden) verlangen ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter! Sind etwa die Millionen des Unternehmertums mehr wert als Leben und Gesundheit der Arbeiter? Der Staat aber, dieser Massenstaat, wende seine Mittel stets gegen die Arbeiter an, Militär und Polizei würden aufgeben im Interesse der öffentlichen Ordnung, aber mit der Wirkung, daß die Arbeiterfrage dadurch niedergeknüttelt würde! Und so gings fort!“

Im Anschluß daran bekommen indirekt die Regierungsvertreter einen Kiffel, daß einer von ihnen es mit seiner Würde vereinbar gehalten hat, auf die „Schimpffanonade“ zu antworten. Das komme davon, wenn man solche Konferenzen überhaupt durch seinen Besuch beehrt.

Uns mit der „Arbeitgeber-Ztg.“ über das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern auseinanderzusetzen, hätte keinen Zweck. Schon der Gedanke, daß die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht beim Arbeitsvertrage verlangen, ist dem Scharfmacherblatt, wie obige Anlassungen zeigen, etwas Furchtbares. Sinter den Satz wird gleich ein Ausrufungszeichen gemacht. Und wenn Gleichauf gesagt hat, daß das Leben und die Gesundheit der Arbeiter mehr wert sind, als die Millionen des Unternehmertums, so setzt die „Arbeitgeber-Zeitung“ dahinter ein Fragezeichen. Gegen derartige Anschauungen kämpfen wir grundsätzlich nicht an. Die Entwicklung selbst wird es mit sich bringen, daß in nicht allzuferner Zeit solche Anschauungen, wie sie von der „Arbeitgeber-Zeitung“ jetzt noch vertreten werden, der Vergangenheit angehören.

Arbeiterbewegung. In Elberfeld-Barmen ist der Streik der Färber beendet, nachdem die Unternehmer Lohn erhöhungen zugesagt haben, sobald der Färberstreik in Crefeld zu Ende ist, spätestens aber für den 1. Aug. d. J. Ueberstunden sollen künftig nicht mehr gemacht werden. — In den Sandsteinbrüchen Nordbayerns und Badens ist es zu einem Kampf gekommen. Seit einigen Wochen befinden sich auf einigen Brüchen die Steinmehrer im Streik, um eine Regelung der Lohnverhältnisse durch einen Tarifvertrag durchzuführen. Lohn erhöhungen kommen dabei nicht in Betracht; man will nur der bisherigen Willkür ein Ende machen. Da die Arbeiter kein Entgegenkommen fanden, sind auf einer Reihe benachbarter Steinbrüche die Arbeiter in den Sympathiestreik eingetreten, weil sie Streikarbeit anfertigen sollten. Im ganzen beläuft sich die Zahl der Ausständigen auf 300. Sollten die Steinbruchbesitzer die angeforderte Ausbesserung durchführen, so würden im ganzen etwas über 700 Arbeiter in den Kampf verwickelt werden. — Weil die Zimmerer die Arbeit niedergelegt haben, sind in Garzburg auch die Bauarbeiter ausgeperrt worden. — Auch in Warburg ist es zu einem Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter gekommen, weil die Unternehmer auf die gestellten Lohnforderungen ungenügende Zugeständnisse machten.

Die Lage des Arbeitsmarkts im Monat April hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im Verhältnis zum Vormonat der Jahreszeit entsprechend etwas gebessert und gestaltete sich im allgemeinen ausreichend. Die Mehrzahl der aus der Industrie vorliegenden Berichte bezeichnet den Geschäftsgang als zufriedenstellend.

Der Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet war rege beschäftigt. Das gleiche gilt von Obereschleien und Niederschleien, wo jedoch im letzten Drittel des Monats infolge des ausgebrochenen Streiks Förderungs- und Abfuhrungen eintreten. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und in der Niederlaufst gestaltete sich der Arbeitsmarkt im allgemeinen zufriedenstellend. Der Eisenerzbergbau, Roheisenerzeugung, Kalandrie, Eisengießereien konnten im allgemeinen den befriedigenden Geschäftsgang aufrecht erhalten. Die Maschinenindustrie hatte im allgemeinen gut zu tun, doch machte sich der Mangel an Aufträgen empfindlich bemerkbar. Die Berichte aus der elektrischen und chemischen Industrie bezeichnen den Geschäftsgang als gut, zum Teil sehr rege; unbefriedigend ist der Beschäftigungsgrad in der Baum- und Holzindustrie und zum größten Teil in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Das Baugewerbe litt noch immer unter starkem Arbeitsmangel, doch macht sich allenthalben infolge der günstigen Jahreszeit eine Besserung bemerkbar.

Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen am 1. Mai in Arbeit stehenden Mitglieder übertraf diejenige des 1. April um 107 368. An dieser Steigerung war das männliche Geschlecht mit 86 154 oder 239 v. S. und das weibliche mit 21 214 Personen oder 131 v. S. beteiligt. Im gleichen Monat des Vorjahres betrug die Zunahme 293 v. S. bei den männlichen und 0,88 v. S. bei den weiblichen Personen. Die Zunahme an männlichen Mitgliedern war also in diesem Jahre nicht so stark wie im Vorjahr, dagegen übertraf diejenige an weiblichen Mitgliedern im April 1913 die Steigerung im April 1912. An der Zunahme der

männlichen Personen waren die Orts-, Innungs- und Betriebskrankenkassen in gleicher Weise beteiligt.

Ueber die Arbeitslosigkeit im April dieses Jahres liegen Berichte von 46 Fachverbänden mit 2 042 554 Mitgliedern vor. Von diesen waren im April wie im März des Jahres 2,3 v. S. arbeitslos gegen 1,7 v. S. im April 1912 und 1,6 v. S. im März 1912.

Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise kommen im Berichtsmontat auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 160 Arbeitsgesuche gegen 168 im März 1913 und 150 im Vergleichsmontat des Vorjahres. Demnach läßt sich auf eine der Jahreszeit entsprechende Verbesserung gegen den Vormonat, aber eine Verschlechterung gegen den gleichen Monat des Vorjahres schließen.

Für weibliche Personen kommen bei den festgestellten Gesamtzahlen auf je 100 offene Stellen im Berichtsmontat 96 Arbeitsgesuche, während die entsprechenden Zahlen 87 im Vormonat und 92 im April 1912 ergeben.

Der Arbeitsmarkt in Berlin litt unter ziemlich empfindlichem Druck und zwar hauptsächlich das Baugewerbe und die Holzindustrie. In der Provinz Brandenburg machte sich eine gewisse Verbesserung bemerkbar. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg zeigt die Gesamtzahl des Arbeitsmarkts durchweg eine Besserung, die sich allerdings nur langsam zu vollziehen scheint. Auch in Westfalen, Lippe-Detmold und im Rheinland hatte die anhaltend günstige Witterung eine Verbesserung des Beschäftigungsgrads zur Folge, die in einer starken Steigerung der offenen Stellen und in verminderterem Angebot von Arbeitsuchenden sich ausprägte. In Hessen, Sassen-Nassau und Waldeck hielt die Besserung der Arbeitslage an. Die ungünstige Lage des Arbeitsmarkts in Bayern und Württemberg hat sich im Verlaufe des Vormonats wenig geändert. Den vereinzelten Anzeichen der Besserung standen andererseits Erscheinungen des Stillstandes oder der Verschlechterung gegenüber. In Baden war der Beschäftigungsgrad im allgemeinen befriedigend.

Die Vermittlung landwirtschaftlicher und industrieller Wanderarbeiter ist gegenüber dem Vormonate zurückgegangen.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen ausschließlich Bayerns betrug im April 1913: 172 980 557 Mk., das sind 1 635 070 Mk. mehr als im Vormonate, und 18 411 804 Mk. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahr beziffert sich auf 313 Mk. oder 10,72 v. S. auf 1 Kilometer.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Ein- und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredlung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat April 1913 die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 985 100 Mill. Mk., die Ausfuhr einen Wert von 868,72 Mill. Mk. gegen 943,64 Mill. Mk. und 717,75 Mill. Mk. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Unstetmähige Gelbe. Der „Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, brachte in seiner Nr. 20 eine Notiz, daß auf der Erzgrube Rothe-Erbe in Deutsch-Oth. die zum Konzern der Sellenkirchener Berg- und Hütten-Gesellschaft gehört, ein Streik ausgebrochen sei, an dem 80 Prozent der Belegschaft beteiligt sind. Hinzugefügt wird, daß die Organisation auf diesem Werke noch keinen Eingang gefunden hat, wohl aber unter Mithilfe der Zedernverwaltung vor Jahren ein gelber Verein gegründet worden ist, der fast die Hälfte der Belegschaft umfaßt. Wenn nun jetzt 80 Prozent der Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, so muß ein erheblicher Teil der Mitglieder des gelben Vereines sich den Streikenden angeschlossen haben. Es ist also damit zur Wahrheit geworden, was wir schon so oft gesagt haben, daß da, wo die Gelben die Oberhand gewinnen und die Arbeitsverhältnisse gar zu schlecht sind, schließlich die Unternehmer doch nicht denjenigen Rückhalt bei jenen Elementen finden, den sie erbönnen. Es frümmt sich eben auch der Wurm, wenn er getreten wird, und wenn man es gar zu arg treibt, dann wagen selbst die „Wirtschaftsfriedlichen“ gegen den Stachel zu lösen.

Offentlich trägt die jetzige Bewegung, die auf die Nichtberücksichtigung berechtigter Wünsche zurückzuführen ist, dazu bei, daß dem Organisationsgedanken auch der Weg nach der Erzgrube Rothe-Erbe geöffnet wird.

Gewerbvereins-Teil.

8 Nürnberg. Der kürzlich veröffentlichte Jahresbericht unseres Arbeitersekretariats läßt erkennen, welche reiche Arbeit hier geleistet worden ist. Ueber die Auskunftsvereine, die Anfertigung von Schriftsätzen, die Vertretung vor den Schieds-, Gewerbe- und Amtsgerichten usw. ist schon in dem allgemeinen Bericht über die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsvereine berichtet worden, so daß heute nicht noch einmal darauf eingegangen zu werden braucht. Auch die Korrespondenz war eine überaus reichhaltige. An Versammlungen mußte der Sekretär im Berichtsjahre 213 mal teilnehmen. Außerdem sah er sich veranlaßt, mehrfach in der Presse Angriffe der Gegner zurückzuweisen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Stellenvermittlung gewidmet. Endlich nahm der Arbeitersekretär als Mitglied der Zentrale für Arbeiterfußball an einer Sitzung im Ministerium teil. Im Auftrage mehrerer Gewerbevereine mußte er ferner wiederholt auswärts in Lohnbewegungen u. dergl. eingreifen. Die Mitgliedszahl der dem Arbeitersekretariat angeschlossenen 17 Ortsvereine betrug Ende 1912: 855, wozu noch 56 Mitglieder aus zwei neugegründeten Ortsvereinen kommen. Wenn man bedenkt, wie schwer wir hier gegen Angriffe zu kämpfen haben, wird man zugeben müssen, daß dies immerhin ein Erfolg ist. Der Jugendbewegung wurde rege Aufmerksamkeit zugewandt. An Lohnbewegungen waren 9 Ortsvereine beteiligt, die fast alle Verbesserungen für die Arbeiter brachten. Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen hat sich nicht geändert; gegen den Terrorismus der „Genossen“ mußte leider mehrfach die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen werden. Ueber diese Fälle ist bereits im „Gewerbvereins“ berichtet worden.

Sicher hätten wir mehr Einfluß gewinnen und noch bessere Erfolge erzielen können, wenn uns größere Mittel zur Verfügung ständen. Wir haben günstige Verbindungen angeknüpft, die hoffentlich auch zu einem Erfolg führen werden. Viel mehr könnte erreicht werden, wenn die dem Sekretariat noch fernstehenden Ortsvereine sich ihm anschließen; das wäre auch im Interesse der Einigkeit und des Zusammenhalts unserer Organisation dringend zu wünschen. Vielleicht trägt der Jahresbericht dazu bei, den einen oder anderen Ortsverein dem Sekretariat zuzuführen.

8 Kattowen. Die am 18. Mai abgehaltene Versammlung des Ortsvereins der Bergarbeiter nahm einen guten Verlauf. Nach Verlesung des Protokolls, zu dem der Ortsverbandsvertreter einige Ausführungen gab, und Erstattung des Kassensberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf wies der Vorsitzende auf die Einladungen des Ortsvereins der Bergarbeiter Bismarck I. des Ortsverbandes Oberhausen und des Ortsverbandes Gelsenkirchen hin und forderte zu reger Beteiligung an ihren Veranstaltungen auf. Beschlossen wurde, für die Bibliothek neue Bücher anzuschaffen, um das Bildungsbedürfnis der Kameraden besser befriedigen zu können. Der Hauptvorstand in Oberhausen soll ersucht werden, eine Beihilfe für einen Bücherfahnen zu bewilligen. In die Bildungs-Kommission des Ortsverbandes Gelsenkirchen wurde der Kamerad Brenhöft einstimmig entsandt. Die nächste Versammlung findet am 20. Juli, vormittags 11 Uhr, beim Wirt Rüping statt. **B. B.,** Schriftführer.

Verbands-Teil.

Amtliche Bekanntmachung.

An alle Ortsverbände und Ortsvereine.

Im September d. J. tagt in Leipzig die Verbandsversammlung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Die Gewerbe-gerichte lassen sich vielfach bei dieser Tagung durch Beisitzer vertreten. Falls nun Mitglieder unserer Organisation in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer-Beisitzer im Auftrage der Gewerbegerichte oder aus eigenem Interesse an diesem Verbandstage teilnehmen, ersuchen wir, dies an untenstehende Adresse mitzuteilen und uns die Namen und Adressen der Kollegen anzeigen zu wollen, damit wir uns mit diesen in Verbindung setzen können.

Mit kollegialen Grüßen
Der geschäftsführende Ausschuß:
F. Neustedt, Verbands-Sekretär.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (G. v. D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerbevereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Rell. Lewin über: „Aufgaben für die Sommerpause“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerbvereins-Vereinsrat (G. v. D.).** Jeder Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Leubusstraße 1, Verbandsbau d. Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Bitte willk. — **Sonnabend, 31. Mai.** Maschinenbau- und Metallarbeiter 1. Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzeit, Verstr. 69. Vortrag des Kollegen Strubel über das neue Kranken- u. Begräbnis-Gesetz. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter 11.** Abends 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36 a. Mitteilungen. Vortrag des Kollegen Josef über Konsum-Genossenschaften. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Damen-Gesellschaft. Vortrag des Kollegen Kuppel über den letzten Verbandstag. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen E. Jordan: „Beschlüsse der Kranken- u. Begräbnis-Gesetz“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr, Jagd- abend bei Rell. Wulfsbergerstr. 52.

Orts- und Bezirksverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Vorhofs-Gesellschaftsraum, Bremen, Reiterstraße 3. — **Geisfeld (Ortsverband).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Gastwirt, Sandwegstr. 42. — **Göln (Ortsverband).** Sonntag, den 25. Mai, morgens 10 1/2 Uhr bei Weiben, Gärtenstr. 1. Protokoll u. Kassensbericht. 2. Bericht vom Verbandsabend. 1. Kollege Sander. — **Deffau.** Gewerbevereins-Vereinsrat jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr, Leubusstr. 1. Vereinsklub „Fasan“. Marktstr. — **Eiserfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkammer, Eiserfeld, Ruffenstr. u. Erdlungsstr. Ecke. — **Essen (Ortsverb.).** Sonntag, 25. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, Verbands- u. Vertreterversammlung, Verbandsklub, Trosthauserstr. 58. —

Fraunfurt a. O. (Gewerbevereins-Vereinsrat). Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Leubusstraße im Vereinsklub. — **Kattowen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Distriktsklub im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Naumburg b. Magdeburg.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterabend bei Kuehly's. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Wieshof“, Lagerstraße 2. Distriktsabend. — **Hamburg (Gewerbevereins-Vereinsrat).** Jeden Donnerstag, abds. 8 1/2 Uhr, in Altona, Eimsbüttelstr. 48-50. — **Hannover-Verband und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 1. Juni, Tour nach Hainhausen-Verndorf. — **Hannover-Verband und Umgegend (Ortsverband).** Monatsversammlung, jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, morgens 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmetz. — **Herrnhut (Ortsverb.).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Sitzung b. W. W. Ruhe, Bahnhofstr. gegenüber der evang. Kirche. — **Hersfeld.** Distriktsabend jeden 2. Mittwoch bei Hüfte. — **Köln (Ortsverb.).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung in der Benz. Erdlungsstr. — **Leipzig (Gewerbevereins-Vereinsrat).** Die Leubusstraße finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinsklub „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim-Verband.** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandsklub bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 33. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerbevereine).** Die Leubusstraße finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Kegel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. — **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub, Sitzung jeden Montag, abds. 9 1/2 Uhr, bei Kegel u. Donnerstag, b. Winter 1. (Vereinsklub). — **Regel (Distriktsklub für Regel, Vorhofsraum u. Reintendorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Cafe Schönebergerstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Kicolle, Maurerstr. 52. — **Weisengels a. S. (Sängerverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerbevereine).** Leubusstraße jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinsklub, „Hofgarten“. — **Weisengels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat, Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Sitzung im Verbandsklub „Reintal“.

Wendungen bezw. Ergänzungen zum Verbandsverzeichnis.
Cyrottau (Ortsverb.). H. Kuhnert, Schriftführer, Groß-Culau Nr. 14.

Literatur.

De Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatshefte zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Publikationen sind vorzügliche Hilfsmittel für Deutsche zum Weiterstudium der französischen, englischen und italienischen Sprache, sowie auch für Franzosen, Italiener oder Engländer zur Erlernung des Deutschen. Der sorgfältig gewählte Text und Leubusstoff macht sie zu einem ausgezeichneten Förderungsstudium im Sprachstudium für den einzelnen sowohl als auch im Familienkreise. — Probenummern für Französisch, Englisch und Italienisch kostenfrei durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1912
auf festem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 50 Pfg., Sonntag und Feiertags 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer E. Kemmann, Gutenbergr. 88.
Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüfung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Berlinstr. 19.
Worms (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten Abendsbrot, Nachtglas, Kaffee und Frühstück. Besprechungskarten beim Kassierer W. Clausen, Kolonnenstr. 32.

Magdeburg (Banhanwerter). 75 Pfennig im Bureau, Rathenauerstr. 2/3 II.
Breslau (Ortsverband). Die Unterstüfung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer Friedrich Munder, Sternstr. 58.
Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüfung von 0,75 Mk. durch den Ortsverbandskassierer August Seitzentzicker, Bangenstraße 61, gezahlt.
Garbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Garbrücken Reumieserstr. 42.
Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stäbler, Bahnhofstr. 18.
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstüfung im Bureau, Mühlenerstraße 42.
Nabesberg i. Gschf. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeheim im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Rteberggraben 16.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbandskassierer E. Stabenow, Mühlenerstr. 52.
Wetzlar (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeheim bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.
Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Raden. Die Verbandsherberge befindet sich Eißelbachstr. 49 (Jägers Gastwirtschaft).
Hersfeld (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 1 Mk. bei H. Grafel, Hardstr. 58.
Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeheim von 75 Pfg. im Lokal von W. Schneiderath, Molte- und Bismarckstr. Ecke.
Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstüfung. Karten sind bei den Ortsvereinskassierern oder bei dem Ortsverbandskassierer F. Schult, Hamburg, Königstr. 36 III erhältlich.

Legikon
Des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann Gog, Hermann Luppe herausgegeben von
Alexander Eiser.
Verlag von Gustav Fischer in Jena.
Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Legikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitersekretariate, Lokal- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollen sich in den Besitz des Buches setzen. Preis Einföndung des Rotenempfehlens 4,90 Mk. pro Exempl. in gut. Leinwandb. m. Nachtrag erfolgt frank. Zust. Das Geld ist an unsern Verbandskassierer R. Klein, Berlin N.O. 56, Greifswalderstr. 221/23 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.